Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1534. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 127. Donnerstag, 2. Juni 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Genfer Junitagung.

Die herannahende Juni-Tagung des Genfer Völkerbundes wirft bereits ihre Schatten voraus. In der Berliner Wilhelmstraße beginnt man bereits Vorbereitungen für die Zusammensetzung der deutschen Delegation für diese Sommertagung des Genfer Völkerbundsrates zu treffen. Es ist anzunehmen, daß sich die deutsche Delegation aus denselben Persönlichkeiten zusammensetzen wird, die auch bei der letzten Genfer Tagung das Reich vertraten. So wird auch diesmal wieder Herr Dr. Stresemann die Führung der Delegation übernehmen, zumal es feststehen dürfte, daß auch die Außenminister Frankreichs und Englands in Genf eintreffen werden. Ueber das eigentliche Arbeitsprogramm der kommenden Tagung ist offiziell noch nichts bekannt gegeben worden. Doch es läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß während dieser Tagung, wenn auch vielleicht nicht in offizieller Form, so doch in den privaten Unterredungen zwischen den einzelnen verantwortlichen Staatslenkern die Frage der deutschen Forderung auf die Besatzungsminderung im Rheinland eine große Rolle spielen wird. Es steht allerdings noch dahin, ob Dr. Stresemann im Juni den Zeitpunkt für gekommen erachten wird, diese Angelegenheit im Gremium des Völkerbundsrates aufzurollen. Legt doch die Reichsregierung Wert darauf, in dem Augenblick, wo das gesamte Rheinland-Problem zur offiziellen Diskussion in Genf steht, all die Vorfragen geklärt zu sehen, die heute noch nicht restlos gelöst sind. Dies schon aus dem Grunde, um den Ententemächten den Vorwand aus der Hand zu nehmen, Deutschland habe noch nicht alle Bestimmungen des Versailler Vertrages, insbesondere über die Zerstörungsarbeiten an den deutschen Ostfestungen, erfüllt. Bekanntlich schwebt gerade über dieser Angelegenheit eine deutsch-französische Aussprache, die jedoch in den letzten Wochen nicht richtig vorwärts schreiten will. Die Reichsregierung hatte offiziell an Paris die Aufforderung gerichtet, das Versprechen von Locarno bezüglich einer Besatzungsminderung im Rheinland nunmehr zu erfüllen. Paris antwortete ausweichend, das heißt, es wies auf die Angelegenheit der Zerstörung der deutschen Ostfestungen hin, die nach Ansicht der Pariser Herren noch nicht befriedigend geklärt wäre. Die Reichsregierung begegnete diesem französischen Hinweis mit der Feststellung, daß das Versprechen von Locarno mit der Frage der deutschen Ostfestungen nicht das geringste zu tun habe, da dieses Versprechen vorbehaltlos gegeben worden wäre und es eine der Voraussetzungen war, unter denen sich Deutschland bereit erklärte, den Locarno-Pakt überhaupt abzuschließen. Im übrigen hat die Reichsregierung Paris wissen lassen, daß die Zerstörungsarbeiten an den deutschen Ostfestungen gemäß den Abmachungen bereits durchgeführt worden seien. Anscheinend mißtraut Paris der deutschen Versicherung, denn es verlangt, daß eine Sachverständigenkommission der Entente die Wahrheit der deutschen Mitteilung an Ort und Stelle nachprüfen solle. Ein Ansinnen, daß die Reichsregierung selbstverständlich zurückweisen muß, da es sich nicht mit der von Genf verbürgten Souveränität eines Völkerbundsmitgliedes, das Deutschland nun einmal geworden ist, verträgt. In den letzten Wochen hat sich an diesen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten nichts geändert.

Das ist insofern bedauerlich, als anzunehmen ist, daß der französische Außenminister nunmehr erst anläßlich der Juni-Tagung in Genf diese Frage im Zusammenhang mit der deutschen Forderung auf die Besatzungsminderung anschneiden wird. Das würde besagen, daß das Rheinlandproblem selbst, also die Frage der Rheinland-Räumung, in der Juni-Sitzung des Völkerbundsrates nicht zur Erörterung kommen wird. Da ja die Vorfragen noch nicht geklärt sind und erst die persönlichen Aussprachen zwischen Briand und Stresemann in Genf zeigen müßten, ob sich eine Lösung dieser Sonderfragen überhaupt finden ließe. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die vitalste Frage der Rheinland-Räumung wieder einmal vertagt wird auf eine spätere Konferenz oder auf die nächste Sitzung des Völkerbundsrates. Immerhin also auf unbestimmte Zeit.

Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung diesen Möglichkeiten Rechnung tragen und versuchen wird, durch eine etwas erhöhte Aktivität in der Außenpolitik bis zum 18. Juni eine Situation zu schaffen, die eine offizielle Behandlung der wichtigen Rheinlandfragen im Völkerbundsrat doch ermöglichen wird. Angesichts des englisch-russischen Konfliktes sind die Aussichten für eine solche Tätigkeit der deutschen Außenpolitik nicht ungünstig. England hat alle Ursache, in Anbetracht der russisch-englischen Spannung und seines Konfliktes mit Aegypten, in Europa keine neuen Krisen zu zünden, die unter Umständen die englische Politik ungünstig beeinflussen könnten. Immerhin sei vor einem allzu großen Optimismus gewarnt.

Das Rheinland und die Räumungsfrage.

qu. Berlin. Der **Rheinlandausschuß**, dem bekanntlich führende Persönlichkeiten der Politik und Wirtschaft angehören, wird in den nächsten Tagen sich nach Berlin begeben um hier **Besprechungen mit der Reichsregierung über die Frage der Herabminderung der Besatzungstruppen** zu führen. Die zuständigen Stellen sind von der Ankunft der Herren bereits in Kenntnis gesetzt. Da das Räumungsproblem erst auf Grund einer Aussprache zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes geklärt werden wird, halten es die Rheinlandvertreter für unbedingt notwendig, vor diesen Verhandlungen die Ansichten der Reichsregierung über die Räumungsfrage zu hören.

Siegreiches Vordringen der chinesischen Südtruppen.

Der Vormarsch Tschangkaischeks.

)(Hankau. **Wie aus Peking gemeldet wird, rechnet man mit der baldigen Einnahme der Stadt durch die Südtruppen, deren Vormarsch unaufhaltsam vorwärtsgeht. Der völlige Zusammenbruch der Truppen Tschangtsolins steht bevor. Der Offensive der Südtruppen wird kaum noch ernstlicher Widerstand geleistet.**

)(Paris. **Die Meldungen über einen entscheidenden Sieg der chinesischen Südarmee über die Streitkräfte des Nordens werden am Quai d'Orsay auf Grund hier eingegangener Berichte in vollem Umfange bestätigt.**

•

Der Rückzug der Nordtruppen.

* Paris. (Telunion.) **Wie die „Information" aus Peking meldet, vollzieht sich der freiwillige Rückzug der Nordarmee nördlich des Yangtseflusses in normaler Weise. Die Mukdentruppen sprengten verschiedene Brücken, um den Vormarsch der Südtruppen aufzuhalten. Die Lage ist ernst. In Chengchow wurden chinesische Eisenbahnbeamte ermordet.**

•

20 000 Mann Nordtruppen gefangen?

Honanfu von Feng erobert.

* London. (Telunion.) **Nach Meldungen aus Hankau teilt General Feng in einem Bericht die Einnahme von Honanfu mit. 20 000 Mann der Nordtruppen sollen gefangengenommen worden sein. Die Truppen Fengs hätten außerdem sechs Eisenbahnladungen Munition erbeutet.**

Besorgnis über die Niederlage Tschangtsolins.

* Riga. (Telunion.) **Aus Moskau wird gemeldet, daß die Niederlage Tschangtsolins in Moskau große Besorgnis hervorgerufen habe. Man befürchtet, daß die japanische Regierung die Niederlage Tschangtsolins zum Anlaß nehmen werde, um die Strecke Mandschuria—Tschita zu besetzen. Der stellvertretende Außenkommissar Karachan empfing den japanischen Botschafter in Moskau, der erklärt haben soll, daß die japanische Regierung ein Vordringen Tschangkaischeks nach Peking und Tientsin nicht zulassen werde.**

• •

Eintreffen eines englischen Flugzeuggeschwaders

)(Schanghai. **Das zweite britische Flugzeuggeschwader von 18 Flugzeugen ist gestern von Hongkong kommend hier eingetroffen.**

•

2000 Mann japanische Truppen in Tsingtau gelandet.

* Schanghai. Wie aus Tsingtau gemeldet wird, sind dort 2000 Mann japanische Truppen aus der Mandschurei eingetroffen. Ein englisches Bataillon in Schanghai steht zum Abmarsch nach Weihawei bereit. Weitere Truppenverschiebungen sollen bevorstehen.

•

Amerikanische Streitkräfte nach Tientsin unterwegs.

)(London. Reuter meldet, in Washington verlaute, daß die Marinestreitkräfte der Vereinigten Staaten in China mit Ausnahme einer kleinen Wache in Peking nach Tientsin gebracht werden sollen.

Superintendent D. Dr. Franz Költzsch tot.

tfd. Dresden. Am Mittwoch vormittag gegen 9,30 Uhr ist nach kurzem aber schweren Leiden der Oberpfarrer der Dresdner Kreuzkirche und Superintendent der Ephorie Dresden 1 Oberkonsistorialrat D. Dr. Franz Költzsch im 66. Lebensjahr heimgegangen.

Mit ihm verliert die evangelische Landeskirche Sachsen einen ihrer hervorragendsten Vertreter. Oberkonsistorialrat D. Dr. Költzsch ist in Plauen geboren. Er hat in Leipzig studiert. Der Verstorbene war in Freiberg, Chemnitz und Dresden im geistlichen Amt tätig und seit 1911 Nachfolger von D. Dibelius Superintendent und Pastorprimarius an der Kreuzkirche. Außerdem war er außerordentliches Mitglied des Landeskonsistoriums, Mitglied der Synode und deren stellvertretender Präsident, sowie Vorsitzender des Sächsischen Landesvereins vom evangelischen Bund, des Dresdner Gustav-Adolf-Hauptvereins, Leiter der evangelischen Arbeitervereine und Mitglied der Nationalversammlung von 1919.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend 2 Uhr in der Kreuzkirche statt.

Die Sturmkatastrophe in Holland.

)(Amsterdam. **Es bestätigt sich, daß bei der Sturmkatastrophe in Ost-Gelderland und Ost-Overyssel eine große Anzahl von Schwer- und Leicht-Verletzten, sowie verschiedene Tote zu beklagen sind. Es wurde umfangreicher Materialschaden angerichtet. Der Hauptvorstand des Niederländischen Roten Kreuzes hat beschlossen, zugunsten einer finanziellen Unterstützungsaktion für die von dem Unwetter betroffene Bevölkerung einen Aufruf an das niederländische Volk zu erlassen.**

•

Eine furchtbare Wirbelsturmkatastrophe in Lingen an der Ems.

)(Lingen, a. d. Ems. Ein Wirbelsturm wütete am Mittwoch zwischen 4 und 5 Uhr in Lingen. Sämtliche Telephon- und Telegraphen-Verbindungen sind zerstört. Zahlreiche Bäume wurden wie Streichhölzer gebrochen. Die Windhose hat folgenden Weg genommen: Von Almelo (Holland) über Esche nach Lingen. Esche, eine kleine Bauernstadt, bestehend aus 12 Bauerngehöften, wurde völlig vernichtet. Wie bisher festgestellt wurde, sind in Lingen 2 bis 300 Häuser abgedeckt worden. Ungefähr 10 Häuser wurden zerstört. Es sind zwei Tote zu beklagen. Außerdem wird eine Person vermißt; 17 Verletzte befinden sich im Krankenhaus zu Lingen. Auch der Ort Schepsdorf hat schwer gelitten. Weit über 20 Verletzte mußten im Krankenhaus verbunden werden. Das Rathaus in Lingen wurde abgedeckt. Schon am Abend war der Regierungspräsident von Osnabrück an Ort und Stelle.

•

Münster. (Funkspruch.) Die **Gegend von Recke, Hauksbergen und Almelo bietet ein Bild der Verwüstung.** Zwei- bis dreistöckige Häuser wurden vom Wirbelsturm niedergerissen. Riesige alte Bäume liegen entwurzelt auf den Chausseen. In der Nähe von Recke, wo das Unwetter am schlimmsten gewütet hat, wurde sogar ein Zug durch die Gewalt des Sturmes aus den Schienen geworfen. **Allein in der Ortschaft Recke sind 18 Tote zu beklagen, die von den Haustrümmern begraben wurden.**

Schiffskatastrophe bei den Philippinen.

108 Menschen ertrunken.

* Berlin. (Telunion.) **Nach Morgenblättermeldungen aus Manila ist der zwischen den Philippinen-Inseln verkehrende Dampfer „Negros" in einem Taifun gescheitert, wobei 108 Personen ums Leben gekommen sind.** Zwei weitere Dampfer des Philippinen-Dienstes sind seit drei Tagen überfällig und wahrscheinlich untergegangen.

Großes Schadenfeuer — 3 Todesopfer.

)(Freyung i. bayr. Wald. **Durch spielende Kinder entstand in einer Scheune des Dorfes Oberhaid eine Feuersbrunst, die 13 Gehöfte des Dorfes vernichtete. 2 Erwachsene und 1 kleines Kind wurden als Leichen aus den Trümmern geborgen. 10 Einwohner erlitten lebensgefährliche Brandwunden.**

Die Reichs-Dienststrafordnung.

vdz. Berlin. Der Beamtenausschuß des Reichstags förderte am Mittwoch die **dritte Lesung der Reichs-Dienststrafordnung bis zum § 117.** Neu beschlossen wurde u. a., daß der Beschuldigte, wenn er aus zwingenden Gründen am Erscheinen verhindert ist und dies rechtzeitig mitgeteilt hat, erneut zu seiner Vernehmung zu laden ist. Der Regierungsvertreter erklärte sich mit dieser Bestimmung einverstanden. Ferner wurde beschlossen, daß dem Beschuldigten, falls er zur Teilnahme an der Vernehmung nicht berechtigt war, vor der Vereidigung Gelegenheit gegeben werden soll, sich in Gegenwart der Zeugen oder Sachverständigen zur Aussage zu äußern und Fragen zu stellen. In § 71 wurde bestimmt, daß für das Verfahren in der Hauptversammlung sinngemäß aus der Strafprozeßordnung die Vorschriften über Anwesende, Aussetzung und Unterbrechung, Verbindung, Leitung, Fragen, Gerichtsbeschluß für Beweiserhebungen, verspätete Beweismittel, Zeugnisverweigerung, Befragung des Beschuldigten, Schluß der Verhandlung, Dolmetscher, Beweiswürdigung, Beurteilung bürgerlicher Rechtsverhältnisse, Aussetzung bei veränderter Sachlage und über das Protokoll gelten sollen. Durch Streichung zweier Sätze in § 72 wurde sichergestellt, daß der Angeklagte in der Hauptverhandlung nicht zu erscheinen braucht, ohne daß ihm Nachteile erwachsen oder seinem Verteidiger die Zulassung versagt werden kann.